

NACHRICHTEN

GANZ IN WEISS

Winter jetzt auch im Nordosten



Huch, Winter! Ein Problem für die Berliner S-Bahn Foto: dpa

BERLIN | Eine Schneefront hat am Montag auch den Nordosten Deutschlands erreicht. Innerhalb weniger Stunden fielen in Berlin, Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern mehrere Zentimeter Schnee. Auch in Niedersachsen und Sachsen schneite es. Auf Autobahnen und im Berufsverkehr kam es vielerorts zu Behinderungen, die allerdings wegen der Ferienzeiten zwischen den Jahren vergleichsweise gering ausfielen. Bei der Berliner S-Bahn und auf den Flughäfen in Frankfurt und Dresden kam es zu Verspätungen, in Hamburg behinderte vor allem Glatteis den Verkehr. (dpa)

DEUTSCHE KLIMABILANZ 2014
CO₂-Ausstoß ist leicht gesunken

BERLIN | Der Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO₂) ist 2014 offenbar zum ersten Mal seit Jahren wieder leicht gesunken. Nach Angaben von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) werde das Minus etwa 3 Prozent betragen. Nach Schätzungen der „Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen“ mache der Rückgang 40 Millionen Tonnen aus und sei nicht nur auf den milden Winter zurückzuführen, sondern auch auf „echten Fortschritt im Klimaschutz“, etwa beim Ausbau der erneuerbaren Energien. (taz)

WIRTSCHAFT IN RUSSLAND
Schrumpfen wegen Öl und Sanktionen

MOSKAU | Russlands Wirtschaft zollt den Sanktionen des Westens und dem gesunkenen Ölpreis Tribut. Im November sank das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozent und damit erstmals seit Oktober 2009, teilte das Wirtschaftsministerium mit. Vor allem die Dienstleister, der Bau und der Agrarsektor schwächelten. Laut Finanzministerium kann die Wirtschaftsleistung 2015 um 4 Prozent schrumpfen, sollte der Ölpreis auf dem aktuellen Niveau von rund 60 Dollar pro Fass bleiben. (rtr)

DIE REICHSTEN KONZERNE
USA wieder Heimat des Kapitalismus

STUTTGART/FRANKFURT/M. Apple, Microsoft, ExxonMobil: Die nach Börsenwert größten Unternehmen der Welt sind in den USA beheimatet. Nach Auswertungen des Handelsblatts (Montag) und der Beratungsgesellschaft Ernst & Young sitzen dort 52 der wertvollsten 100 Firmen. Nach Apple (519 Milliarden Euro) folgten Microsoft, ExxonMobil, der Finanzdienstleister Berkshire Hathaway und der Internetkonzern Google. Aus Deutschland stammen Bayer (Platz 57), danach VW, Siemens, Daimler und SAP. (dpa)

ZAHL DES TAGES
Frustrierte Sparer im Tiefzinsland

Wer kein Geld hat, ist frustriert. Wer welches besitzt, aber auch: **66 Prozent** der Bürger sind nach einer Umfrage der Konsumforscher der GfK mit der Wertentwicklung ihrer Geldanlagen unzufrieden. 35 Prozent haben Festgeldkonten, 24 Prozent Sparbücher. Nur 12 Prozent aller Bürger haben Aktien. Reich wird man so nicht! Und man schläft nicht mal gut. Also: Was tun? Sparbücher im Hochzinsland Russland? Beruhigt das die Nerven?

66 %

Griechen sorgen für Börsentrübel

FRANKFURT/M. dpa | Die anstehende Neuwahl für das griechische Parlament hat am Montag noch mal für ein Auf und Ab an den Finanzmärkten gesorgt. Die Athener Börse brach am Mittag um mehr als 11 Prozent ein, machte einen Teil der Verluste dann jedoch wieder wett. Besonders anfällig zeigten sich die Finanzwerte, die zwischenzeitlich bis zu 20 Prozent verloren und bis auf die Alpha Bank sämtlich auf Rekordtiefs fielen. Auch der deutsche DAX ließ sich zunächst um 1,5 Prozent nach unten ziehen. Analysten wie Holger Schmieding von der Privatbank Berenberg sagten, die Herausforderungen seien „handhabbar“. Die Eurozone verfüge mittlerweile über eine „gut geölte Maschinerie“, um mit Krisen umzugehen.

Meinung + Diskussion SEITE 12

„Die Krise ist unser internes Problem“

RUSSLAND Die aktuell drohende Rezession ist hausgemacht, meint der Wirtschaftsexperte Sergej Drobyschewski. Und sie werde den Lebensstandard für viele im Land in den nächsten beiden Jahren deutlich senken

INTERVIEW BARBARA KERNECK

taz: Der rasante Fall des Rubelkurses schockiert seit zwei Wochen die Welt. Was hat diese Krise verursacht?

Sergej Drobyschewski: Falls man unter einer Krise bloß einen momentanen Schock versteht, dann verdient die heutige in Russland diesen Namen nicht. Sie ist auch nicht primär eine Währungsfrage, sondern eine allmähliche Rezession. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verlangsamte sich schon vor zwei Jahren sehr merklich. Die fallenden Ölpreise haben zusammen mit gewissen geopolitischen Faktoren jetzt diesen Prozess beschleunigt.

„Geopolitische Faktoren“ nennen Sie die Sanktionen der EU und der USA?

Ja, aber der Konflikt zwischen Russland, der EU und den USA ist die geringste Ursache. Da sich das russische Wirtschaftswachstum bereits zwei Jahre abgeschwächt hatte, war die Nachfrage nach Kapitalinvestitionen, Ausrüstungen für die Produktion und Maschinen eh schon gefallen. Wären natürlich solche Sanktionen auf eine Wirtschaft in der Wachstumsphase getroffen, hätten sie ihr sehr geschadet. Die Sanktionen haben also ihr Ziel verfehlt? Sie haben schon zu einer gewissen Atmosphäre der Unsicherheit beigetragen. Aber auf unsere konkrete Wirtschaftsdynamik wirkten sie sich minimal aus. Es gab ein allmähliches Abrutschen in eine Stagflation ...



Gut für die Exporte, schlecht fürs Volk: Der Wertverlust des Rubels dürfte 2014 zweistellig ausfallen Foto: dpa

... also in eine Inflation mit gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit und stagnierendem Wirtschaftswachstum.

Der Lebensstandard in Russland wird in den kommenden beiden Jahren sehr einschneidend sinken. So gesehen ist diese Krise die ernsteste seit Beginn der 90er Jahre.

Waren beim Rubelkurs Spekulanten im Spiel? Es geht das Gerücht, die Zentralbank habe unmitttelbar vor dem Währungsabsturz russischen Exporteuren gigantische Kredite gewährt. Spekulationen waren keine Ursache der Krise, sondern ihre Folge.

Ein wenig hat sich die Zentralbank mit ihren Maßnahmen zur Rettung des Rubels verspätet, wie zum Beispiel mit der Erhöhung des Leitzinses. Die Zentralbank ist verpflichtet, solche Kredite möglichst zu gewähren – zum geltenden Leitzins. Und solange der noch so niedrig war, begünstigte das eben Spekulationen. Das hat sich auf den Rubelkurs ausgewirkt.

Wer in Russland leidet am meisten unter der Krise? Zuerst werden es wegen der Inflation die Empfänger staatlicher Leistungen wie Renten sein. Danach kommt die sogenannte Mittelklasse. Der inzwischen starke

Dienstleistungssektor in den russischen Großstädten wird unter den sinkenden Realeinkommen leiden.

Bei der Systemwende um 1990 überlebten viele BürgerInnen Russlands nur dank ihrer Datschengrundstücke ...

Das war eine ganz andere Situation. Damals herrschte ein gewaltiger Warenmangel. Heute haben wir eine große Warenmenge, und zwar bei einer schon weitgehenden Marktwirtschaft. Bei sinkender Nachfrage werden auch die Preise wieder sinken. Die russischen Devisenreserven sind seit dem 13. Dezember um 15,7 Milliarden Dollar ge-

sunken, erstmals seit Jahren unter die 400-Milliarden-Dollar-Grenze. Kann Russland seinen Verpflichtungen im Ausland damit nachkommen?

Russlands Deviseneinnahmen aus dem Erdölsektor sind ja nicht ganz versiegt, zusammen reicht dies mindestens noch anderthalb Jahre zur Schuldentilgung. Sehr viele Arbeitskräfte aus den GUS-Staaten verdienen in Russland und schicken Geld nach Hause.

Diese Überweisungen haben sich auch schon seit dem Jahr 2013 verringert. Die eng an Russland orientierten Gesamtwirtschaften jener Länder werden natürlich von der Krise bei uns behindert. Aber mit den sinkenden Rubelkursen werden sich auch die bei uns produzierten Waren verbilligen und dort besser verkaufen.

Wirkt sich die Krise Russlands auf die Weltwirtschaft aus?

Ich glaube nicht, dass die Situation in Russland im globalen Maßstab ernste ökonomische Folgen nach sich ziehen wird. In gewisser Weise ist das unser langwieriges internes Problem, mit dem wir fertig werden müssen.

Sergej Drobyschewski

41, ist Ökonom und leitet am Gaidar-Institut für Wirtschaftspolitik in Moskau die Abteilung „Makroökonomie und Finanzen“.

Foto: privat

taz.panterstiftung

VOM WORT ZUR TAT

Die taz.akademie fördert junge kritische JournalistInnen im In- und Ausland.

Der taz.panterpreis ehrt HeldInnen des Alltags, die mit ihren Initiativen die Gesellschaft menschlicher machen.

AUF IHRE SPENDE SIND WIR ANGEWIESEN!

taz Panter Stiftung
GLS-Bank Bochum
IBAN: DE97 4306 0967 1103 7159 00
BIC: GENODEM 1GLS
www.taz.de/spenden

www.taz.de/stiftung
Tel 030 - 25 90 22 13
stiftung@taz.de

„Dino des Jahres“ für Lobbyisten der Fossilen

KRITIK Umweltverband Nabu: ExxonMobil verharmlost Fracking. Experte: Konkrete Vorwürfe gegen Firmen können erfolgreich sein

BERLIN taz | Den diesjährigen Negativpreis „Dinosaurier des Jahres“ hat der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) an den Deutschland-Chef des Energiekonzerns ExxonMobil, Gernot Kalkoffen, verliehen. Der Manager erhalte die „Auszeichnung“ für seine „Verharmlosung des umstrittenen Fracking-Verfahrens und als Repräsentant einer rückwärtsgewandten Energiepolitik“, erklärte Nabu-Chef Olaf Tschimpke am Montag in Berlin. In den Vorjahren war der „Dino“ an die Verpackungsindustrie, die Bundesagrarinministerin Ilse Aigner (CSU) oder die Aida- und TUI-Kreuzfahrten gegangen. Von ExxonMobil gab es auf die aktuelle Auszeichnung vorerst keine Reaktion.

Den „Dino des Jahres“, eine fast drei Kilo schwere Reptilienfigur aus Zinn, verdient Kalkoffen nach Ansicht des Nabu für seine Ansicht, Fracking sei sicher und liefere mit dem daraus gewonnenen Erdgas eine Brückentechnologie für die Energiewende. „Billiges Gas befördert steigenden Energieverbrauch“, kritisierte der Nabu. Außerdem heize das Klimagas Methan, das bei der Produktion entweiche, den Klimawandel weiter an.

Im Herbst hatte ExxonMobil in einer großen Anzeigenkampagne für angebliche Vorteile und Sicherheit des Fracking geworben. Im taz-Interview behauptete Kalkoffen damals, nur mit dem umstrittenen Fracking sei die Erdgasproduktion in

Deutschland auf ihrem Niveau zu halten, und die heimischen Reserven seien deutlich größer, als die Behörden annähmen. Allerdings gab Kalkoffen auch zu, dass die „ungiftigen und biologisch abbaubaren Substanzen“, mit denen ExxonMobil fürs Fracking warb, noch nicht getestet sind, weil es dafür in Deutschland keine Zulassung gibt.

Für eine erfolgreiche Energiewende brauche Deutschland aber einen „naturverträglichen Umbau der Energieversorgung“, kritisierte Nabu-Chef Tschimpke. Bislang allerdings zeichne sich ExxonMobil „weitgehend durch Ignoranz beim Klima- und Umweltschutz aus“. Dafür hatte Exxon-Oberchef Lee Raymond schon im Jahr 2000 den „Dino“

verliehen bekommen. Gestört hat ihn das nicht.

„Negativpreise sind ärgerlich, aber keine existenzielle Bedrohung“, sagt Hasso Mansfeld, der als freier Kommunikationsberater Unternehmen auch dabei hilft, mit solchen Vorwürfen umzugehen. Es gebe da „keine Patentlösung“, aber die Firma könne etwa einen solchen Preis als Plattform nutzen, um ihre Sicht der Dinge klarzustellen: „Exxon könnte mit dem Nabu ein Symposium veranstalten und seine Argumente vorbringen.“

Für Mansfeld ist es kein Zufall, dass der „Dino“ zum Jahresende verliehen wird, wenn die Spendenbereitschaft besonders hoch ist. „Die Umweltgruppen sind für ihre Spenden darauf angewie-

sen, dass sie mobilisieren, ihre Themen setzen und sich legitimieren.“ Während allgemeine Kritik an Unternehmen abpralle, könne direkte Rufschädigung an einem konkreten Punkt „wie beim ‚Goldenen Windbeutel von ‚Foodwatch‘ sehr weh tun“, sagt der Experte. Je konkreter der Vorwurf sei, desto erfolgreicher könne die Kampagne werden.

„Foodwatch“ prangert mit seinem „Windbeutel“ die „dreisten Werbelügen“ an. 2014 hatten Verbraucher im Internet die „Alete Trinkmahlzeiten“ von Nestlé wegen ihres hohen Zuckergehalts auf Platz eins der Negativ-Hitliste gewählt – vor der „Knorr-Hühnersuppe“ und dem „Glaceau-Vitaminwasser“ von Coca-Cola. **BERNHARD PÖTTER**